

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/56. Jahrgang

März 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Die Bundestagswahl ist vorbei – Der Kurs steht fest Neuwahl brachte keine Überraschungen



Schon vor der Wahl spiegelte sich die Programmatik des deutschen Kapitals in den Wahlprogrammen und Äußerungen der bürgerlichen Parteien deutlich wider. Die Forderung nach Aufrüstung sowie die weitere Aushöhlung des Asylrechts fanden sich, in verschiedener Ausprägung, bei allen Parteien wieder. Dass die Ausgaben für die wahn-sinnigen Rüstungspläne auf Kosten dringend notwendiger Investitionen in Infrastruktur, Soziales und Gesundheit gehen werden, stand

ebenfalls fest. Kurz vor der Wahl hatte Annalena Baerbock am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz noch bekanntgegeben, dass die EU-Staaten planen, weitere 700 Mrd. Euro in Waffenkäufe und andere Unterstützung für die Ukraine aufzuwenden. Den Herrschenden ist es gelungen, einen Großteil

der Bevölkerung auf ihren Kurs einzustimmen. Und so erfreuen sich Blackrock-Merz und Musk-Weidel großer Beliebtheit. Bei Rheinmetall und anderen deutschen Rüstungsgrößen klingeln die Kassen, während die zivile Produktion immer mehr leidet.

Neben der steigenden Kriegsgefahr müssen wir uns auf einen großflächigen Angriff auf die Überreste des Sozialstaats und unsere demokratischen Rechte einstellen.

Lasst uns gemeinsam versuchen, diese Angriffe abzuwehren. Die Demonstrationen im Vorfeld der Wahl sowie die Erfolge der Linkspartei zeigen, dass der Unmut über die Verhältnisse wächst und sich Widerstand aufbaut.

Max Lambeck

Vorläufige Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 (Stand 24.2.2025)

CDU	AfD	SPD	Grüne	Linke	BSW	FDP	Sonstige
28,52%	20,8%	16,41%	11,61%	8,77%	4,97%	4,33%	4,58%

Kurz und Gießen:

Das „Grüne“ Gießen S. 3

Brandmauer, ein scheinheiliges Manöver

S. 4

Frauenkampftag

S. 5

Aktionstag IG-Metall

S. 6

**Ukraine –
die Kriegstreiber
sind blamiert**

S. 7

**Tod und Leid
für unsere Handys**

S. 7

Verbotene Rede der ARAG: „AfD, Faschismus & Kapitalismus – eine gefährliche Allianz!“

Eine Einzelperson, die die Technik für die bürgerliche Anti-AfD-Demo am 8.2. in Gießen stellte, drohte damit, den Ton abzdrehen, sollte die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG) sprechen. Hier lest ihr die gekürzte Version der geplanten Rede. Ganze Rede unter: aragantifa.wordpress.com

Unsere Position ist klar: Der Kampf gegen die AfD darf sich nicht auf Empörung und moralische Appelle beschränken. Faschismus ist kein Betriebsunfall, sondern eine verschärfte Form kapitalistischer Herrschaft in Krisenzeiten. Der Faschismusforscher Reinhard Kühnl zeigte, dass er als Werkzeug dient, um die Macht des Kapitals mit Gewalt zu

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Verbotene Rede der ARAG

sichern. Die AfD hat Faschisten in ihren Reihen, doch sie ist nicht automatisch eine faschistische Partei, noch kann sie im Alleingang den Faschismus einführen. Die Faschisierung des Staatsapparats schreitet längst voran – nicht nur durch die AfD, sondern auch durch bürgerliche Parteien, die den Polizei- und Geheimdienstapparat aufrüsten, autoritäre Maßnahmen ausbauen und bürgerliche Freiheitsrechte einschränken.

Die Aufrüstung zeigt, wohin die Reise geht: Der Verteidigungshaushalt steigt, und die AfD fordert bis zu 5% des BIP fürs Militär – fast die Hälfte des Bundeshaushalts. Diese Militarisierung geht auf Kosten von Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit. Parallel wird die Migrationspolitik weiter verschärft. Anstatt Fluchtursachen wie Krieg, Umweltzerstörung und Ausbeutung zu bekämpfen, setzt die Ampel auf Abschottung und Massenabschiebungen. Doch wer Migration bekämpfen will, ohne die Ursachen anzugehen, verteidigt das System,

das Menschen zur Flucht zwingt.

Faschismus führt zwangsläufig zu Krieg, doch auch ohne offenen Faschismus bleibt der Kapitalismus ein System der Kriege und Krisen. Wie Jean Jaurès sagte: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.“ Wer gegen Krieg sein will, muss den Kapitalismus überwinden.

80 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus bleibt der Schwur von Buchenwald unser Auftrag: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

Parteispenden – massiver politischer Einfluss

„Noch nie gab es so viele hohe Parteispenden wie in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes. Das sind die fünf höchsten Einzelspenden in diesem Jahr:

1. AfD: 2,3 Mio. Euro von Gerhard

Dingler (Gegenwert einer Plakatkampagne)

2. SPD: 1,5 Mio. Euro von der Media Force GmbH (Gegenwert einer Social-Media-Kampagne)

3. AfD: 1,5 Mio. Euro von Winfried

Alexander Stöcker (Eigentümer des Flughafens Lübeck)

4. AfD: 999.990 Euro von Jan Horst Winter (Ex-Aufsichtsrat Böttcher AG)

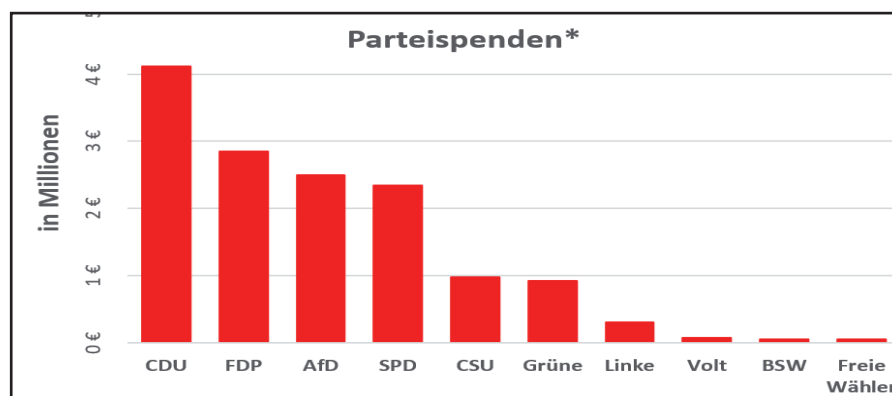
5. Mehrere Parteien: jeweils 500.000 Euro, u.a. von der Bitpanda GmbH an CDU, FDP und SPD

Mehr als 15 Millionen Euro an Großspenden sind seit Jahresbeginn geflossen, fast ein Drittel davon an die AfD. CDU und CSU bekamen rund 4,6 Millionen Euro.

Großspenden fluten den Wahlkampf – **Konzerne und Vermögende nehmen massiven Einfluss.**

Doch Demokratie darf nicht käuflich sein!“

aus: abgeordnetenwatch.de



* über 35.000 Euro in diesem Jahr - Stand 21.02. (Quelle: bundestag.de)

Wieder mal nur teure Wohnungen

Vor vier Jahren startete die neue Magistratskoalition aus Grünen, SPD und Teilen der Gießener Linken mit Versprechungen zum Wohnungsbau in Gießen. Private Investoren sollten eine Sozialquote einhalten. 20% der Wohnfläche sollten sozial geförderte Wohnungen sein, für weitere 10% der Wohnungen sollte die Miete pro Quadratmeter 2 Euro unter der Durchschnittsmiete liegen. Die Regelung gilt allerdings nur bei Projekten mit mehr als 50 Wohnungen. Für Investoren ist es kein Problem, ihre Pläne so zu gestalten, dass jedes einzelne Projekt unter dieser Anzahl bleibt.

Neuestes Beispiel ist ein Vorhaben des bekannten Bauunternehmers und Miethaies Laumann. Am

Anfang des Schiftenberger Weges plant er auf einer bisher gewerblich genutzten Fläche 46 neue Wohnungen. Die Pläne hören sich gut an, allerdings nur für zahlungskräftige Interessenten: Wohnungen teilweise über zwei Etagen, Terrassen, gartenähnliche Innenhöfe, begrünte Dächer und mehr Pkw-Stellplätze als Wohneinheiten. Die zu erwartenden hohen Mieten haben für Investoren gleich zwei Vorteile: Sie können damit nicht nur hohe Einnahmen erzielen, sondern sie steigern auch die Durchschnittsmiete. Dadurch können sie auch anderswo höhere Mieten durchsetzen.

Wahrscheinlich wird bis zur nächsten Kommunalwahl keine einzige Wohnung aufgrund der Quo-

tenregelung entstehen. Planungsdezernentin Weigel-Greilich (Grüne) verteidigt die Taktik der Investoren: Hohe ökologische Standards und dann auch noch eine Sozialquote zu erfüllen, ist für private Investoren wirtschaftlich nicht darstellbar. Da sich auch die kommunale Gießener Wohnbau mit dem Bau von Sozialwohnungen zurückhält, fallen Jahr für Jahr mehr Wohnungen aus der Sozialbindung heraus als neu gebaut werden. Die Botschaft lautet: Wer sich hohe Mieten nicht leisten kann, hat in der Kernstadt keinen Platz. Der soll sich in den Vororten oder auf dem Land etwas suchen.

Gernot Linhart



Das „Grüne“ Gießen im Februar 2025: Bäume fallen – kein Böllerverbot – aber Feinstaubwarnung

Am 12.12.2024 beschloss die Gießener Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der Grünen die „grundhafte Erneuerung der Rödgener Straße...“ – unter Zeitdruck. Denn bis zum 31.12.2026 muss das Projekt beendet sein, um ca. 2,2 Mio. Euro aus der Landeskasse abzugreifen. 1,6 Mio. sind aus der Gießener Stadtkasse eingeplant.

„Die Bäume sind die Krux!“ Dieser zynische Spruch von Carmen Lange (Agenda 21-Gruppe der Stadt), einst im Hinblick auf die Bäume am Schwanenteich-Weg geäußert, könnte auch hier wieder die Pläne der Gießener Regierungsmannschaft bestimmen.

Denn **53 Bäume sind inzwischen dem Treiben zum Opfer gefallen**. „Die ältesten Pflanzungen sind 64 Jahre“, steht in den Ausführungen des Magistrats und der Stadtverordneten. Und dieser Vandalismus sei alternativlos. Alternative Möglichkeiten wurden nämlich in der Stadtverordnetenversammlung, im Klub der Jasager, nicht angedacht. Auch der von der Fraktion „GIGG/Volt“ ein-

gebrachte Zukunftsvorschlag, eine „Regiotram“ mitzudenken, wurde abgekanzelt.

Vage Formulierungen im Beschluss zeigen doch etwas wie schlechtes Gewissen. Neben der Neupflanzung der Baumreihen sollen zusätzlich ca. 50 „restliche Anpflanzungen [...] an geeigneten Stellen im Stadtgebiet Gießen“ stattfinden. Diese neuen „älteren Bäume“ werden auf irgendwelche Stellen wenig nachprüfbar verteilt.

Die DKP Gießen teilt die Stellungnahme der Gießener „Fridays For Future“-Gruppe zu der Bedeutung von Bäumen für das Stadtklima: „Sie binden Kohlen-

dioxid, spenden Schatten, kühlen das Mikroklima und verbessern die Luftqualität.“ Zudem trügen sie maßgeblich zur Verschönerung des Stadtbildes bei. Ihr Verlust werde nicht nur ökologisch, sondern auch für das Mikroklima spürbar sein.

Wie Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung gefasst werden, ohne über die Folgen nachzudenken, zeigt Martina Lennartz' (DKP) **abgelehnter Antrag für ein Böllerverbot** in Gießen (siehe Artikel unten). Es ist nicht verwunderlich, dass die Gießener Presse im Februar 2025 „**Feinstaub-Alarm**“ gegeben hat. Dicke Luft kann zu Lungenschädigungen führen.

Selbst im Antrag des Magistrats zur Neugestaltung der Rödgener Straße wird auf die wichtige Funktion der Feinstaubfilterung durch Bäume verwiesen.

Aber Papier ist geduldig und der Magistrat nicht glaubwürdig.

Die DKP fordert mit den Umweltorganisationen zukünftige Bauplanungen möglichst ohne Baumfällungen. Alternativen gibt es immer.



vorher – nachher

Stadtparlament: Böllerverbot – Knalltrauma oder was?

Was kann man denn an einer Forderung nach einem Böllerverbot so missverstehen? 15 schwerwiegende Gründe gibt es dafür, wie Martina Lennartz (Stadtverordnete der DKP) in ihrem Antrag an das Stadtparlament ausführte. Selbst Hunde würden denen jaulend zustimmen. Oder man ist dagegen. Das ist eine politische Richtungsentscheidung und ein Stadtparlament ist ein poli-

tisches Verhinderungsinstrument – in diesem Fall. Eiertänze bei vielen Parteien, denn man muss vor seinen Wählern das Abstimmungsverhalten rechtfertigen. Die einen (Weigel-Greilich, Grüne) wollen bis zum Sankt-Nimmerleinstag auf eine Abstimmung im Bundestag warten, andere von GIGG/Volt begrüßen zwar Martinas Antrag, wollen ihn aber durch einen erset-

zenden Änderungsantrag „heilen“. Damit fallen sie der Antragstellerin elegant in den Rücken. Die FDP ist grundsätzlich gegen Verbote, will also das Verboten verbieten. So wird das nichts, das wissen auch die Verhinderer im Stadtparlament.

In Reutlingen gilt ein striktes Böllerverbot, in der Altstadt von Marburg und Fulda ebenso. Woanders geht es doch!

Pressemeldung des Mietervereins Gießen (vom 14.2.): Wohnungsknappheit in Gießen

Wie stark der Wohnungsmarkt in Gießen angespannt ist, zeigt ein Beispiel: Ein Mieter will seinen Mietvertrag für ein Apartment (ca. 50 qm) beenden und die Wohnung vor Ende der Kündigungsfrist zurückgeben.

Auf seine Anzeige hin bewerben sich über 1.500 Interessenten für die Wohnung. Auch beim Makler, den der Vermieter für die Nachvermietung engagiert hat, melden sich ähnlich viele.

Aus: www.mieterverein-giessen.de/aktuelles/pressemeldungen-1-1



Brandmauer, ein scheinheiliges Manöver

Wir durften in den letzten Monaten auch in Gießen erfreuliche Demonstrationen mit Tausenden vor allem junger Menschen gegen rechts erleben. Die Parteien „der Mitte“ übertrafen sich im Wahlkampf mit der Verkündung einer Brandmauer gegen rechts, stets begründet mit der Verteidigung der von unserer Verfassung geschützten Menschenrechte.

An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen: Schamlos und brutal wird mitten in Gießen am 18.2. durch heftigen Polizeieinsatz unangekündigt eine junge Pflegekraft mit ihrer

kleinen Tochter in die Türkei abgeschoben, in ein Land, das ihren Schutz vor häuslicher Gewalt nicht gewährleistet. Menschenrechte spielen dabei keine Rolle, Hauptsache die Abschiebung von zwei Menschen verbessert die Statistik der Behörden, wobei es auch keine Rolle spielt, dass diese junge Mutter für unsere im Argen liegende Pflege ein Gewinn gewesen wäre.

Dieser Fall ist im Übrigen nicht das erste Vorgehen in Gießen. Die Brandmauer zeigt sich hier lediglich als scheinheiliges Manöver, um einer konkurrierenden Partei Stim-

men abzuja-gen.

Es wird Zeit, dass wir wieder zahlreich auf die Straße gehen, um dieser Frau und ihrem Kind bei uns wieder Schutz vor Gewalt und Mord zu bieten und gegen den offensichtlichen Rechtsruck unserer Politikerkaste solidarischen Widerstand zeigen.

Martina Lennartz

<https://www.giessener-anzeiger.de/stadt-giessen/mutter-und-tochter-aus-giessen-abgeschoben-93586101.html>

Gießener Medizin feiert das neue Jahr

Mit etwas Verspätung luden die medizinische Fakultät und das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) zu einem Neujahrsempfang ein. Die schwierige Lage des Klinikums wurde mit zwei schrägen Metaphern geschildert. Der Ärztliche Geschäftsführer Hossein-Ardeschir Ghofrani meinte, das UKGM habe gelernt, mit einem Arm Klimmzüge zu machen. Er beklagte, das Uniklinikum Frankfurt bekäme von der Landesregierung mehr Geld für Investitionen. Dass das UKGM ein Privatbetrieb ist, das mit Geld vom Staat seinen Marktwert erhöht und das Jahr für Jahr Dividenden für die

Aktionäre der Rhön AG, Betreiberin des UKGM, erwirtschaften muss, erwähnte er nicht. Der Klinikdirektor Professor Friedrich Grimmiger führte aus, das UKGM müsste mit Tennisschlägern ein Hockeyturnier gewinnen. Er lobte dabei den angeblichen Fortschritt der Medizin in den USA. Dort verschmelze der Mensch mehr und mehr mit der Technik. Mit dem Motto „making death an option“ (den Tod zu einer Option machen) hoffen dort einige Tech-Milliardäre auf ihr ewiges Leben. Mit hohen Summen sponsern sie entsprechende Forschungsarbeiten. Für den ärmeren Teil der Bevölkerung sind dort aller-

dings viele medizinische Diagnosen und Therapien unbezahlbar. Ob das ein Vorbild für Deutschland sein sollte? Zum Abschluss erklärte die Unipräsidentin Katharina Lorenz, man dürfe niemals den Menschen aus dem Blick verlieren. Dazu wäre es aber **notwendig, das Profitprinzip in der Medizin abzuschaffen**. Diese Forderung spielte leider keine Rolle.

Gernot Linhart

Gießener Allgemeine 7.2.2025

<https://www.giessener-allgemeine.de/giessen/wir-machen-klimmzuege-mit-einem-arm-93560636.html>

Frauenkampftag am 8. März

„Wir müssen Sorge tragen, dass der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage all den reaktionären Maßnahmen der besitzenden und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung, ist.“

Was Clara Zetkin zur Einführung des Internationalen Frauentags vor 114 Jahren in der „Gleichheit“ schrieb, ist heute so aktuell wie damals.

Die wirklichen Fragen der Gleichberechtigung löst dieser Staat nicht. Frauen sind von Altersarmut betroffen, weil sie in diesem Land immer noch die Hauptlast der Kindererziehung und Sorgearbeit tragen und so in die Minijob- und Teilzeitalle getrieben. Frauen tragen meistens die Hauptlast in der Familie, sei es als Mütter, als Beschäftigte im kaputtgesparten Gesundheitswesen oder

als Verkäuferinnen im Einzelhandel. Frauen verdienen in Deutschland immer noch deutlich weniger Geld als Männer. Sie haben, weil die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219 verweigert wird, auch im Jahr 2025 immer noch nicht das Recht, selbst über ihren Körper zu bestimmen.

Es ist keine Gleichberechtigung, wenn heute eine Kriegsministerin auch Soldatinnen zum Morden und Sterben für die Interessen des Kapitals in alle Welt schicken kann und im Vorstand von Rüstungskonzernen auch Frauen auf den Profit anstoßen. Dass zu denen, die in diesem Land bestimmen, nun auch ein paar Frauen gehören, ändert nichts an der doppelten Ausbeutung der Frauen im Kapitalismus.

Der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau ist ein sozialer Kampf, ist Kampf gegen Hochrüstung und Militarisierung. Der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau ist von seinem Inhalt her ein antika-

pitalistischer Kampf – er wird sich deshalb auch gegen die weiblichen Kader der herrschenden Klasse richten müssen.

Er ist ein Kampf, den wir gemeinsam führen müssen.

Martina Lennartz



Krieg statt Klassenräume: Hessens Politik setzt Prioritäten

In Hessen wird Kriegspolitik zur Landesangelegenheit. Wiesbaden, bereits Standort der US-Heeresgarnison, ist nun auch Sitz des NATO-Hauptquartiers, das Waffenlieferungen an die Ukraine koordiniert. Hinzu kommt das neu aufgestellte Heimatschutzregiment 5 mit 1.200 Reservistinnen und Reservisten.

Ministerpräsident Boris Rhein feiert dies als Beitrag zur „Sicherheitsarchitektur“ und begrüßt natürlich auch den Boom der Rüstungs-

industrie. Besonders Rheinmetall in Kassel profitiert: Das Unternehmen verzeichnet Rekordgewinne. Kein Wunder, dass Krieg in unserer Gesellschaft um jeden Preis aufrechterhalten werden soll. Wie selbst bei *Hessenschau* zu lesen ist: Der Krieg ist ein gutes Geschäft.

Mit einem Verteidigungsetat von 52 Mrd. Euro und zusätzlichen 19,8 Mrd. aus dem *Sondervermögen* fließen Unsummen in Waffen, Panzer und militärische Infrastruk-

tur.

Gleichzeitig zerbröckeln auch hessische Schulen wortwörtlich. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beziffert den Sanierungsbedarf auf mindestens 5 Mrd. Euro, doch Investitionen bleiben aus. Regen tropft durch die undichten Dächer, niemand möchte die uralten, dreckigen Toiletten benutzen, die Klassenzimmer sind überfüllt und Lehrkräfte fehlen. Im Bildungswesen droht bis 2035 ein massiver Mangel von bis zu 70.000 Lehrkräften bundesweit. Auch im sozialen Bereich fehlt es: Fast 18% der hessischen Bürgerinnen und Bürger leben in Armut. Soziale und kommunale Strukturen bleiben unterfinanziert.

Die Priorisierung liegt auf der Hand: Hessens Landesregierung setzt stolz und unverblümt auf Militarisierung, während der öffentliche Sektor verfällt.

Martina Lennartz



Wiesbadener
Bündnis gegen
Raketenstationierung

Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, Befehlsskommando in Wiesbaden auflösen, Friedensgebot der Hessischen Verfassung einhalten!

Sa. 29.3. in Wiesbaden

Auftaktkundgebung: 12 Uhr Hauptbahnhof; Abschlusskundgebung: 14.30 Uhr Kranzplatz

www.wiesbadener-buendnis.de

Lesermeinung zu "Mietpreistreiber" aus Gießener Echo Februar 2025

Grundsteuer in der Stadt Gießen – Verabschiedung der Grundsteuer-Reform

[...] Zunächst meine Richtigstellung: Der Hebesatz für die Grundsteuer B in Gießen wurde von 600% auf 626% ab dem 01.01.2025 festgesetzt. Das bedeutet mitnichten eine pauschale Erhöhung der Grundsteuer. Entscheidend dafür ist der Messbetrag, der für jedes Grundstück veranschlagt wird. Und dabei traute ich beim Lesen meines Bescheides den Augen kaum: Der Messbetrag wurde von 270,71 Euro auf 110,00 Euro gesenkt. D.h., anstatt 1624,24 Euro habe ich künftig 688,60 Euro zu entrichten. Kürzung

um 57%.

Ob das jetzt gerechter ist als vorher oder überhaupt gerecht, kann ich beim besten Willen nicht beurteilen. Allenfalls könnte ich darüber klagen, dass ich in all den Jahren zuvor eventuell unverhältnismäßig viel zu bezahlen hatte.

Unterschiedlich waren die Aussagen einiger Bekannter: Sie reichen von mehr oder weniger deutlicher Entlastung – bis zu geringfügiger – bis hoher Steigerung der Steuerlast (z. B. im Schiftenberger Weg).

Noch ein Wort zur Belastung

der Mieter durch die Grundsteuer. Wäre sie nicht im Rahmen der Betriebskosten anteilig in Rechnung zu stellen, führte das doch unweigerlich dazu, dass die Kosten auf die monatliche Miete aufgeschlagen würden und damit seitens des Vermieters letztlich auch zu versteuern wären. Da finde ich nichts Negatives an der bestehenden Regelung.

Mietschausbesitzer und Immobilienhaie dagegen werden auf andere Weise reich.

Anton Geisberger

Aktionstag IG-Metall: „Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft“

Am 21. Januar ist bei Conti in Wetzlar die Bombe geplatzt. Der Standort des Automobilzulieferers soll geschlossen werden. Entgegen der Ankündigung der Kapitalseite, die Arbeitsplätze erhalten zu wollen, sollen nun 373 Kolleginnen und Kollegen gehen. Ursprünglich war noch davon die Rede, dass 225 Beschäftigte in Frankfurt und 80 in Babenhausen weiterbeschäftigt werden. Nun werden alle bis auf rund 60 Auszubildende und Mitarbeiter ihren

Arbeitsplatz bei dem Automobilzulieferer verlieren.

Auch bei *Buderus Edelstahl* droht Arbeitsplatzabbau im großen Stil. Der bisherige Besitzer, der österreichische Stahl- und Technologiekonzern *voestalpine* hat das Wetzlarer Stahlwerk an die Beteiligungsgesellschaft Mutares verkauft. Unmittelbar nach der Übernahme verkündete ein Mutares-Sprecher: „Entsprechend der aktuellen Situation bei *Buderus Edelstahl* werden

wir bei einer möglicherweise notwendigen Reduktion des Personalstandes für die betroffenen Mitarbeitenden einen entsprechenden Sozialplan mit der Belegschaftsvertretung ausverhandeln.“ Pläne des neuen Besitzers, Tarifflicht zu begehen, machten ebenfalls bereits die Runde.

Die Ereignisse in Wetzlar sind kein regionales Phänomen. Laut einer Umfrage unter Betriebsräten in der Metall- und Elektroindustrie droht allein im IG-Metall-Bezirk Mitte (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen) der Verlust von mindestens 14.100 Jobs. **Arbeitsplatzvernichtung und Dividendenausüttungen an die Aktionäre sind zwei Seiten einer Medaille.** Während bundesweit zehntausende Jobs im Organisationsbereich der größten DGB-Gewerkschaft auf der Kippe stehen, hat zu Jahresbeginn der DAX erstmals die 21.000-Punkte-Marke geknackt.

Gegen ein solches Geschäftsmodell werden Kolleginnen und Kollegen – auch aus Mittelhessen – gemeinsam mit ihrer IG Metall am **15. März im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags „Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft.“** in Frankfurt auf dem Opernplatz um **11:55 Uhr** auf die Straße gehen.

Ulf Immelt



Komm am 15.3. mit nach Frankfurt!
Anmeldung zur gemeinsamen Busfahrt
unter: www.igmetall-mittelhessen.de

Abfahrt in Gießen: 9:45 Uhr

Die Busfahrt ist kostenfrei!



Ukraine – die Kriegstreiber sind blamiert

Die Russlandhasser bekommen Panik: In der Ukraine droht der Friede! Der „Verräter“ Trump will sich mit dem „Satan“ Putin einigen und den Krieg beenden. Auch jemand wie Trump kann mal recht haben: Dieser Krieg hätte von Anfang an verhindert werden können. Wenn die 2015 in Minsk beschlossenen Abkommen erfüllt worden wären, hätte es eine für alle Beteiligten erträgliche Lösung gegeben. Die Krim wäre in der Russischen Föderation geblieben, deren Teil sie bis 1956 schon war. Die Ukraine wäre in den Grenzen von 1955 erhalten geblieben. Wie fast alle mehrsprachige Länder wäre sie ein föderaler Staat geworden, in dem die russischsprachigen Bürger ihre Sprache und Kultur behalten hätten. Die ultranationalistische Führung der Ukraine weigerte sich aber, Verhandlungen mit den Separatisten aufzunehmen. Stattdessen bombardierte und beschoss sie deren Gebiete und tötete 14.000 Bewohner. Von den NATO-

Staaten wurde sie dabei unterstützt und massiv aufgerüstet – obwohl diese in Minsk etwas anderes zugesagt hatten. Auch nachdem die Streitkräfte der Russischen Föderation in den Krieg eingegriffen hatten, wäre noch eine für die Ukraine günstige Lösung möglich gewesen. Die schon kurz nach Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen begonnenen Verhandlungen führten zu einem Vertragsentwurf, der nur wenig ungünstiger war als die Minsker Vereinbarungen. Einige NATO-Staaten, vor allem die USA, Großbritannien und Deutschland, bewegten die Ukraine zum Abbruch der Verhandlungen. Sie behaupteten, mit Waffenhilfe der NATO könne der Krieg gegen Russland gewonnen werden. Spätestens nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 2023 war klar, dass das ein Irrtum war. Um Russland zu schwächen, wollte die NATO aber, dass der Krieg weitergeht. Sie war so „solidarisch“ mit den Ukrainern, dass

sie verlangte, das Einberufungsalter von 26 auf 18 Jahre zu verringern. Krieg bis zum letzten Ukrainer, das war ihr Motto.

Jetzt besteht endlich die Chance, dass dieser Wahnsinn ein Ende hat. Nebenbei zeigt die jetzige Entwicklung den wahren Charakter dieses Krieges. Es war ein Krieg der NATO unter Führung der USA gegen Russland, ihren Kopf hinhalten mussten die Ukrainer. Zigtausende Ukrainer und Russen könnten noch leben oder wären unverletzt, tausende Gebäude könnten noch stehen, tausende Quadratkilometer Ackerland wären nicht vermint, hunderte Milliarden Dollar hätten für sinnvolle Projekte ausgegeben werden können. Besser ein Jahr verhandeln als einen Tag schießen – diese Wahrheit aus dem vorigen Jahrhundert konnte leider nicht durchgesetzt werden.

Gernot Linhart

Tod und Leid für unsere Handys

Die Demokratischen Republik Kongo kommt nicht zur Ruhe. Im Osten des Landes kontrollieren die paramilitärischen Truppen der M23 nach heftigen Kämpfen die Provinz Nord-Kivu. Diese ist reich an strategischen Mineralien wie Coltan, Kassiterit (Zinnmineral), Gold und Wolframit. Diese Rohstoffe sind für die Herstellung von Mobiltelefonen, Laptops, Elektrofahrzeugbatterien und fortschrittlichen Waffen unerlässlich. Die Regierung in Kinshasa beschuldigt das benachbarte Ruanda, die M23 zur Plünderung wertvoller Mineralvorkommen einzusetzen. Ruanda erklärte dagegen, es verteidige sich und die Volksgruppe der Tutsi – was offensichtlich ein billiger Vorwand für den Militäreinsatz ist. Ruanda profitiert seit Jahrzehnten von der illegalen Plünderung des Mineralreichtums im Kongo. Die Mineralexporte von Ruanda übersteigen im Jahr eine Milliarde US-Dollar. Ein erheblicher Teil der Rohstoffe wird dem Kongo gestohlen. Die aktuelle Situation könnte zu einem dritten Kongokrieg (Der erste: 1996 – 1997; der zweite: 1998 – 2003) führen. Diese beiden



Kriege haben mehr als fünf Millionen Menschenleben gefordert. Vor 20 Jahren war der Konflikt im Kongo ein Stellvertreterkrieg zwischen dem US-amerikanischen und dem französischen Imperialismus. In den letzten zehn Jahren hat China seine wirtschaftlichen Beziehungen zur Demokratischen Republik Kongo gestärkt, hauptsächlich durch massive Investitionen im Bergbau-sektor. Frankreich und die USA versuchen nun, den wachsenden Einfluss Chinas einzudämmen. Hierbei nutzen sie Ruanda als Verbündeten. Der Machtwechsel in den

USA verschärft die Situation. Trump wird alles tun, um an die Rohstoffe von Kongo zu gelangen und China zu verdrängen. Michael Rubin (American Enterprise) schreibt in seinem Artikel: „Wenn Trump China ernst nimmt, kann er Afrika nicht ignorieren“. Das Kobalt der Demokratischen Republik Kongo werde für die Wirtschaft der kommenden Jahrzehnte das sein, was Saudi-Arabiens Öl für die Wirtschaft des späten 20. Jahrhunderts war.

Henning Mächerle



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de ➔

Sa. 1.3. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Sa. 8.3. ab 17 Uhr:

Internationaler Frauenkampftag – Demo ab Berliner Platz

Di. 11.3. um 18 Uhr:

Lesekreis bei Henning

Sa. 15.3. ab 11:55 Uhr:

Aktionstag und Kundgebung „Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft.“
Opernplatz, Frankfurt

Do. 20.3. um 18 Uhr:

Bildungsabend

Fr. 21.3. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Mi. 26.3.:

Redaktionsschluss April-Echo

Do. 27.3. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen, Winchester-Zimmer

Sa. 29.3. ab 12 Uhr:

Aktionstag gegen Kriegszentrale in Wiesbaden; Auftaktkundgebung Hauptbahnhof Wiesbaden

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe

an: Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de



DKP Gießen bei YouTube, Facebook und Instagram

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** gab es in Gießen einen Versuch, die ambulante ärztliche Versorgung besser zu organisieren. Die Polikliniken des Uniklinikums klagten über zu hohe Belastung. Deswegen trafen sich Vertreter der Universität und der Kassenärztlichen Vereinigung. Da auch die niedergelassenen Ärzte keine Kapazitäten frei hatten, kam es zu keiner Lösung. Der Echo-Artikel endete mit dem Wunsch: Es wird höchste Zeit, dass das Gesundheitssystem an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung ausgerichtet wird. Daraus ist offensichtlich bis heute nichts geworden.



Vor **40 Jahren** gab es regelmäßig Militärmanöver der in Gießen und Umgebung stationierten US-Armee und der Bundeswehr. Bilanz des damaligen Wintermanövers: 548 Unfälle mit vier Toten und 46 Verletzten, außerdem mehrere Fälle von Grundwasserverunreinigung durch ausgetretenes Öl und Benzin, Berge von hinterlassenem Müll. Schon damals forderte die erstrebte Kriegstüchtigkeit so manches Opfer.



Vor **30 Jahren** wurde allen drei- bis sechsjährigen Kindern ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz versprochen. In der DDR, in Frankreich und Italien war das schon lange eine Selbstverständlichkeit. Die Stadt Gießen brüstete sich mit einem Versorgungsgrad von 90%. Leider entsprachen die Öffnungszeiten

keineswegs den Arbeitszeiten der Eltern. Ganztagsbetreuung gab es nur in jeder vierten Kindertagesstätte. Auch die hohen Gebühren schreckten viele Eltern von der Anmeldung ihrer Kinder ab.



Vor **20 Jahren** berichtete die Gießener Allgemeine Zeitung von einer engen Zusammenarbeit der Burschenschaft Dresdensia-Rugia mit der NPD. Das war aber keine Enthüllung, antifaschistische Kräfte in Gießen hatten schon längst über die Machenschaften der Burschen berichtet und gegen das Auftreten rechtsradikaler Referenten demonstriert. Die Polizei hatte schon einige Male den Großen Steinweg zum Schutz der Rechtsradikalen abgeriegelt. Inzwischen hat die Burschenschaft das Verbindungshaus aufgegeben, dort befindet sich einer der vielen Gießener Leerstände.



Vor **10 Jahren** wurden frühere Militärflächen in Gießen neu beplant. Das Gelände der Bergkaserne sollte sehr dicht mit hochpreisigen Wohnungen bebaut werden. Für Pkw-Stellplätze sollten auch die Grünflächen des „Lärchenwäldchens“ (in dem aber keine Lärchen stehen) genutzt werden. Die Bürgerinitiative „Lebenswertes Gießen“ veranstaltete eine Begehung zu der mehr als 100 Menschen kamen. Das Lärchenwäldchen konnte gerettet werden, nicht dagegen zwei Baumreihen mit alten Kastanien.

Bitte Abgebühren Gießener Echo bezahlen

Im Alltagsstress geht das manchmal unter. Wir konnten von einigen Echo-Abonnenten noch keinen Zahlungseingang der Abgebühren für das Jahr 2024 feststellen.

Da wir unsere Zeitung ausschließlich über die Abgebühren finanzieren, bitten wir, die Zahlung nachzuholen und idealerweise auch gleich für das laufende Jahr vorzunehmen. Für zusätzliche Spenden sind wir dankbar und stellen darüber gerne Spendenbescheinigungen für das Finanzamt aus.

Unsere Bankverbindung:

DKP Gießen, IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Abgebühren:

30 Euro inkl. Versand pro Jahr.

Vielen Dank,
das Redaktionskollektiv des
Gießener Echos



Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****